

Gewiß kann die Bundesregierung im Verhandlungsspiel zwischen Ost und West attraktive wirtschaftliche Angebote machen. Da die Sowjetunion behauptet, daß sie durch die MLF und jedes auch nur indirekte deutsche Streben nach Einfluß auf Kernwaffen außerordentlich beunruhigt ist, und da andererseits die Sicherheit der Bundesrepublik auch ohne die MLF gewährleistet ist, wird es im gesamtdeutschen Interesse Aufgabe der Bundesregierung sein, sich danach zu erkundigen, was die Sowjetunion für einen echten Verzicht der Bundesrepublik auf direkte und indirekte Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu bieten bereit und in der Lage ist. Die Bundesregierung könnte zudem an der Höhe des von der Sowjetunion offerierten Preises feststellen, ob die sowjetischen Befürchtungen echt sind, oder ob die Bundesrepublik für die Sowjetunion nur das willkommene Ziel einer Propaganda ist. Die nächsten Jahrzehnte dürften uns vor weltpolitische Probleme stellen, für deren Lösung der Besitz von Kernwaffen von geringerer Bedeutung sein wird. Es läge mit einem deutschen Kernwaffenverzicht dann der in der Geschichte nicht seltene Fall vor, der aus der Not eine Tugend macht, die unter Umständen außerordentliche Früchte trägt. Der Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten scheint vorläufig keinen Wechsel in der Richtung der amerikanischen Außenpolitik zu verursachen. Die programmatische Rede des neuen Präsidenten, Lyndon B. Johnson, vom 27. November 1963³⁵ und das, was über das Gespräch zwischen Mikojan und Johnson bekannt geworden ist³⁶, erlauben keine anderen Schlußfolgerungen. Eine gewisse Bedeutung wird der Dezentertagung des Nordatlantikkrates zukommen, da sie sich mit den nächsten Schritten auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle befassen wird. Da die Bundesrepublik dabei eine sehr gewichtige Stimme hat, ist es für die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung interessant festzustellen, in welcher Richtung sie dieses Gewicht geltend machen wird.

Anmerkungen:

- 1 UN-PR SG/1557 vom 5. August 1963.
- 2 Disarmament and Security. A Collection of Documents 1919—55. Subcommittee on Disarmament. U.S.Gov.Print. Office, Washington 1956, p. 247 ff.
- 3 Prawda vom 28. August 1963; englischer Text in: Sowjet News No. 4885/1963 vom 21. August 1963, S. 103 ff.

- 4 The Department of State Bulletin Vol. XLIX No. 1259, August 12, 1963, p. 237.
- 5 Nuclear Test Ban Treaty. Hearings before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, Eighty-Eighth Congress, First Session, August 12, 1963, p. 189.
- 6 The New York Times vom 10. Juni 1957.
- 7 Vgl. u. a. den Wortlaut des Kommuniqués über den Besuch von Bundeskanzler Adenauer in Washington in: The Department of State Bulletin Vol. XXXVI No. 938 p. 955 ff.
- 8 UN-Doc. DC/SC. 1/66.
- 9 Vgl. die Debatte des Bundestages vom 10. Mai 1957 in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte Bd. 36 S. 12051 ff.
- 10 Peking Review No. 33/1963, Vol. VI p. 7 ff.
- 11 UN-Doc. A/PV. 697 p. 235 ff.; Zbiór Dokumentów Nr. 2/1958 S. 379 ff. und Nr. 10—12/1958 S. 83 ff.
- 12 The Department of State Bulletin Vol. XLI No. 1059, Oktober 12, 1959 p. 499 f.
- 13 The New York Times vom 30. September 1959.
- 14 UN-Doc. A/C.1/L.235 und A/C.1/L.235/Rev.1.
- 15 UN-Doc. A/PV.751 p. 40 sowie A/C.1/L.206 und A/C.1/L.207.
- 16 Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Kernwaffen. — Entschließung der Generalversammlung 1380 (XIV) vom 20. November 1959. Deutsche Übersetzung s. S. . . . dieser Ausgabe.
- 17 Simmons, Howard, World-Wide Capabilities for Production and Control of Nuclear Weapons in: Daedalus, Summer 1959, p. 385 ff.; vgl. auch die zurückhaltenderen Voraussagen von Beaton, Leonard und John Maddox, The Spread of Nuclear Weapons, London 1962.
- 18 TNCD/6/Rev. 1 in: Documents on Disarmament 1960. Department of State Publication 7172, Washington 1961, p. 100 ff.
- 19 UN-Doc. A/PV.874 p. 151 ff.
- 20 Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Kernwaffen. — Entschließung der Generalversammlung 1576 (XV) vom 20. Dezember 1960. Deutsche Übersetzung s. S. . . . dieser Ausgabe.
- 21 Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Kernwaffen. — Entschließung der Generalversammlung 1665 (XVI) vom 4. Dezember 1961. Deutsche Übersetzung s. VN Heft 2/1962 S. 64.
- 22 UN-Doc. A/4891.
- 23 UN-Doc. A/4892.
- 24 UN-Doc. A/C.1/SR.1178 p. 79 f.
- 25 Abrüstungsfrage. — Entschließung der Generalversammlung 1664 (XVI) vom 4. Dezember 1961. Deutsche Übersetzung s. VN Heft 2/1962 S. 64.
- 26 UN-Doc. DC/201 und DC/201/Add. 1—3 sowie UN-Doc. DC/204 und DC/204/Add. 1.
- 27 The New York Times vom 14. April 1962.
- 28 The New York Times, The Times und Le Monde vom 16. April 1962.
- 29 Peking Review No. 38/1963, Vol. VI p. 8 ff.
- 30 The Department of State Bulletin Vol. XLVII No. 1220 p. 745 f.
- 31 The Department of State Bulletin Vol. XLIX No. 1267, Oktober 7, 1963, p. 530 ff.; Prawda vom 20. September 1963; The Times vom 2. Oktober 1963.
- 32 S. Anm. 21, aaO.
- 33 Bundesgesetzblatt 1955 Teil II S. 267.
- 34 The Department of State Bulletin Vol. XLIX No. 1253 p. 2 ff.
- 35 The New York Times vom 28. November 1963.
- 36 The New York Times vom 27. November 1963 und Le Monde vom 28. November 1963.

Von der Nahrungshilfe zur Selbsthilfe

PROF. DR. DR. h. c. FRITZ BAADE, MdB
 Direktor des Forschungsinstituts für Wirtschaftsfragen
 der Entwicklungsländer e. V., Bonn

Die Welternährungswirtschaft, in der wir heute leben, ist ein höchst paradoxes Gebilde. Die Welt unserer Jugend und unserer Väter ist geradezu auf den Kopf gestellt worden.

Es schien die natürliche ernährungswirtschaftliche Gliederung der Welt zu sein, daß die Industrieländer ein Nahrungsdefizit haben, das von den Agrarländern gedeckt wird, die dafür mit den Produkten der Industrieländer bezahlt werden.

Heute haben gerade die größten und volkreichsten Agrarländer große und mit beängstigender Schnelligkeit wachsende Nahrungsdefizite, die bisher so gut wie ausschließlich von dem am stärksten industrialisierten Land der Welt, den Vereinigten Staaten, gedeckt werden, und zwar nicht gegen Bezahlung, sondern geschenkweise. Wir müssen uns jetzt darauf einrichten, daß auch das andere industriell hochentwickelte Gebiet der Welt, Westeuropa und insbesondere der EWG-

Raum, daran gehen muß, Überschüsse an Nahrungsmitteln zu produzieren, nicht um sie zu verkaufen, sondern um sie an den hungernden Teil der Weltbevölkerung zu verschenken. Dieses Verschenken darf natürlich nicht in alle Ewigkeit fortgesetzt werden, irgendwann einmal muß die Nahrungshilfe von der Selbsthilfe abgelöst werden.

Es ist notwendig, daß wir uns illusionslos darüber klar sind, daß das Nahrungsdefizit agrarischer Entwicklungsländer zunächst noch viele Jahre lang zunehmen wird und daß auch die stärksten und erfolgreichsten Anstrengungen zur Selbsthilfe, d. h. zur Steigerung der Nahrungsproduktion in diesen Ländern, nur verhindern können, daß das Defizit astronomische, praktisch in der ganzen Welt nicht mehr zu deckende Ausmaße annimmt und es Jahrzehnte dauert, bis das Schenken von Nahrung durch die gestiegene Eigenproduktion abgelöst werden kann.

Diese Zusammenhänge hat der Verfasser vor allen Dingen für drei besonders volkreiche Länder immer wieder hervorgehoben, nämlich für Indien, Pakistan und die Türkei. Diese Länder erhalten heute schon zusammen etwa 7 Mill. t amerikanisches Getreide und dazu noch andere Agrarprodukte wie Magermilchpulver und Ölfrüchte geschenkt, so daß von den reichlich 2 Md. \$, die die Amerikaner aus ihren Vorräten verschenken, mehr als 1 Md. \$ allein auf diese drei Länder entfallen.

Das Nahrungsdefizit dieser Länder ist, wie der Verfasser durch intensive Beschäftigung mit der Wirtschaft dieser Länder festgestellt hat, nicht ein statisches, d. h. gleichbleibendes, sondern ein in großem Maße dynamisches, d. h. wachsendes Defizit. Der Verfasser glaubt eines dieser Länder besonders gut zu kennen, weil er zwölf Jahre dort als Berater tätig war, nämlich die Türkei. Die Türkei hatte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch einen Ausfuhrüberschuß an Getreide, und für einige Jahre war der Getreideexport sogar der größte Devisenbringer in der türkischen Handelsbilanz. Dann — in Jahren mit ungünstigen Witterungsbedingungen — hatte die Türkei einen Zuschußbedarf, der aus amerikanischen Überschüssen gedeckt wurde. Schließlich aber war ein solches Defizit schon in normalen Erntejahren vorhanden, und im Erntejahr 1960/61, einem Jahr mit überdurchschnittlich günstigen Witterungsverhältnissen, brauchte die Türkei 1,7 Mill. t an amerikanischen Getreidegeschenken. Ähnlich war die Entwicklung in Pakistan und Indien. In allen drei Ländern blieb die Steigerung der Nahrungsproduktion hinter der explosionsartig anwachsenden Bevölkerungszahl zurück.

Noch ein anderer Tatbestand ist diesen drei Ländern gemeinsam. Sie haben keine Reserven mehr an kultivierbarem Land. In der Türkei hat eine Kommission der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), deren Leiter der Verfasser war, schon im Jahre 1958 festgestellt, daß viel zu viel Land gepflügt worden war, das nie hätte gepflügt werden dürfen und auf dem infolgedessen eine starke Bodenzerstörung (Erosion) vor sich geht. Die FAO hat daraufhin festgestellt, daß 4 Mill. ha, d. h. etwa 20 vH des gesamten gepflügten Landes, mit hohen Kosten wieder in Weide zurückverwandelt werden müßten, wenn der Bodenzerstörung Einhalt geboten werden soll. In Pakistan wiederum fallen jährlich Zehntausende von Hektaren Bewässerungsland aus der Kultur, weil man es versäumt hat, die nötigen Drainageanlagen zu schaffen, so daß weite Flächen des Bodens versalzen und unfruchtbar werden. Auch in Indien gibt es sowohl das Übel der Erosion wie das der Versalzung.

Der Verfasser schätzt daher, daß das Nahrungsdefizit allein in diesen drei Ländern, die allerdings mit etwa 600 Mill. Menschen fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Entwicklungsländer ausmachen, im Laufe des nächsten Jahrzehnts eine Größenordnung von 25 bis 30 Mill. t Getreide erreichen wird.

Zwei Wissenschaftler, die an besonders wichtigen Stellen der Weltwirtschaft sitzen, *Willard W. Cochrane*, der Leiter der Wirtschaftsabteilung des US-Department of Agriculture, und *Thorkil Kristensen*, Generalsekretär der OECD, gehen noch weit über diese Annahme hinaus. Cochrane schätzt — unter der Voraussetzung einer jährlichen Steigerung des Sozialprodukts und des Einkommens in den Entwicklungsländern um 2,5 vH — das Nahrungsdefizit dieser Länder für das Jahr 1980 auf 27 Md. \$, mehr als 300 Mill. t Getreidewert. Kristensen kommt unter der gleichen Voraussetzung zu einem Einfuhrbedarf allein Asiens auf minimal 100 Mill. t und maximal 200 Mill. t Getreidewert im Jahre 1980.

Besonders wichtig ist die Feststellung Cochranes, daß zwischen dem Erfolg der Entwicklungshilfe, definiert als Beschleunigung des Zuwachses des Sozialprodukts und damit



Der berühmte französische Maler Marc Chagall (links) ist eingeladen worden, an der Gestaltung einer Glasmalerei zum Gedenken an Dag Hammarskjöld und alle, die für die Erhaltung des Friedens starben, mitzuwirken.

des Einkommens, und dem Nahrungsdefizit ein sehr enger Zusammenhang besteht. Während in den reichen Ländern der Welt eine zehnpromtente Steigerung des Einkommens nur zu einer zwei- bis dreipromtente Steigerung der Nachfrage nach Nahrungsmitteln führt (Engelsches Gesetz), ist in den armen und hungernden Ländern die einkommensbedingte Elastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln so groß, daß eine zehnpromtente Steigerung des Einkommens nicht nur zu einer zehnpromtente, sondern unter Umständen zu einer zwölf- bis vierzehnpromtente Steigerung der Nachfrage nach Nahrungsmitteln führt. Das bedeutet aber, daß das Nahrungsdefizit in dem hungernden Teil der Welt in den nächsten Jahrzehnten enorme Ausmaße annehmen wird, wenn es nicht gelingt, die landwirtschaftliche Produktion dort in einem ganz anderen Tempo zu steigern als bisher. Die Entwicklung von der Nahrungshilfe zur Selbsthilfe ist also eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß das große Wagnis, in das sich die Menschheit gestürzt hat, nämlich der Kampf gegen Hunger und Armut, im allgemeinen Entwicklungshilfe genannt, überhaupt gelingen kann.

Welches sind nun die wichtigsten Instrumente, um die Nahrungshilfe zur Selbsthilfe werden zu lassen?

Das wichtigste Instrument ist der richtige Einsatz der Nahrungshilfe. Dieser Einsatz ist bei den Amerikanern in einer ausgesprochen klugen Form organisiert worden. Sie schenken ihre Nahrungsüberschüsse in den meisten Fällen ja nicht direkt, sondern sie verkaufen sie an die Regierungen der hungernden Völker gegen die weiche Währung des betreffenden Landes. Die Regierung verkauft sie dann weiter an die Bevölkerung, insbesondere an die städtische Bevölkerung ebenfalls gegen diese weiche Währung. Dadurch entstehen in dieser Währung die sog. Counterpart Funds. Die Amerikaner stellen diese Counterpart Funds dann wieder — zwar nicht ganz, sondern zu etwa zwei Dritteln — der betreffenden Regierung für gezielte Investitionen, zum Teil sogar zur Deckung von Budgetdefiziten, zur Verfügung.

Dieses System ist im Prinzip gut. Es muß aber noch in zwei Punkten verbessert werden: Erstens sollten die Amerikaner und künftig auch die schenkenden Europäer die gesamten Counterpart Funds für die Verbesserung der Wirtschaft in dem beschenkten Land zur Verfügung stellen, zweitens sollten sie zielgebunden sein, und dabei sollte die Verstärkung

des landwirtschaftlichen Beratungswesens (Extension Service) einen großen Vorrang erhalten. Man muß bedenken, daß es in der Türkei 40 000, in Pakistan 100 000 und in Indien 500 000 Dörfer gibt, die vom landwirtschaftlichen Beratungswesen und vom Einsatz von Demonstrations- und Muster-
gütern oder Demonstrationsparzellen erreicht werden müßten, wenn die landwirtschaftliche Produktion hier angekurbelt werden soll.

Der Mechanismus, der die Nahrungshilfe schrittweise zur Selbsthilfe werden läßt, kann aber noch gewaltig verstärkt werden, wenn die helfenden Länder nicht nur Nahrung, sondern gleichzeitig auch Produktionsmittel für Nahrung schenken und dabei im Laufe der Jahre das Schenken von Nahrung immer stärker durch das Schenken von Produktionsmitteln ersetzen. Dabei sind Handelsdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel besonders wirksam. Der Verfasser hat diesen Vorschlag zum ersten Male schon vor fünf Jahren in dem Gutachten gemacht, das er der FAO über die Lage in der Türkei erstattet hat. Inzwischen hat sich die FAO völlig auf diese Erkenntnis umgestellt, und auf dem World Food Congress, der in Washington in diesem Frühsommer stattfand, hat ein dahingehender Vorschlag des Verfassers volle Zustimmung gefunden. Die Finanzminister der schenkenden Länder müßten von diesem Vorschlag begeistert sein; denn während es 80 \$ kostet, eine Tonne Weizen zu schenken, kostet es nur 20 \$, um diejenige Menge an Handelsdünger zu schenken, mit der eine Tonne Weizen zusätzlich produziert werden kann. Es kostet sogar nur 2 \$, um die Schädlingsbekämpfungsmittel zu schenken, mit denen die Vernichtung von einer Tonne Getreide verhindert werden kann.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat begonnen, in diesem Sinne vorzugehen. Im Bundeshaushalt von 1964 werden zum erstenmal Mittel für solche Geschenke an Handelsdünger eingesetzt. Auch sie sollten nach dem Prinzip des amerikanischen Gesetzes 480 zur Verfügung gestellt werden, d. h. durch Verkauf in weicher Währung an die betreffende Regierung und durch Weiterverkauf an die Bauern, wodurch Counterpart Funds entstehen. Diese Counterpart Funds müßten dann ausschließlich für die Verstärkung des landwirtschaftlichen Beratungs- und Demonstrationswesens eingesetzt werden.

Für die Industrie in der westlichen Welt hat dieses Vorgehen noch deshalb ein besonderes Interesse, weil die Produktionskapazität beim wichtigsten Pflanzennährstoff, nämlich Stickstoff, nicht ausgenutzt ist. Es besteht in der westlichen Welt eine Produktionskapazität von 13 bis 14 Mill. t Stickstoff, während nur wenig mehr als 10 Mill. t Stickstoff erzeugt werden. Der Einbau von Handelsdüngergeschenken in den Weltkampf gegen den Hunger ist also ein ausgezeichnetes Mittel, diese Industrie zur vollen Beschäftigung zu bringen.

In der Bundesrepublik Deutschland kommt noch ein anderer Umstand hinzu. Wir haben durch unsere rasch gestiegene Stahlproduktion unseren Anfall an Thomasschlacke gewaltig gesteigert, und zwar über die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes hinaus. Thomasschlacke ist — vermahlen zu Thomasmehl — einer der wichtigsten Phosphorsäuredünger. Während in den Entwicklungsländern viele Böden nach diesem Dünger hungern, haben sich bei uns an der Ruhr die Thomasschlackenhalde aufgetürmt. Sie in die Entwicklungsländer zu bringen, würde nicht nur ein wichtiges Instrument sein, um die Nahrungshilfe zur Selbsthilfe zu entwickeln, sondern auch eine starke Entlastung für unsere Industrie bedeuten.

Schließlich darf noch darauf hingewiesen werden, daß in Entwicklungsländern Möglichkeiten für die Herstellung von Handelsdünger in Form von Stickstoff bestehen, die möglichst schnell zur Entwicklung gebracht werden sollten. In

Indonesien betragen die Reiserträge nur den dritten Teil der japanischen Reiserträge. Das indonesische Nahrungsdefizit ist weitgehend dadurch bedingt. Wenn man den Reis in Indonesien ebenso gut ernährt wie in Japan, würde bereits die Notwendigkeit von Nahrungsgeschenken fortfallen. Indonesien könnte sogar seine rasch wachsende Bevölkerung selbst ernähren, wenn es nur die Hälfte der Stickstoffmenge je Hektar verbrauchen würde, die Japan verbraucht. Nun verfügt Indonesien über den wichtigsten Rohstoff für die Stickstoffproduktion, nämlich Erdgas. Erdgas geht auf den Erdölfeldern ungenutzt in die Luft. Wenn Indonesien dazu gebracht wird, mit deutscher Entwicklungshilfe nicht ein hoffnungslos unrentables Stahlwerk zu bauen, für das weder Erze noch gute Kohle vorhanden sind, sondern unter Ausnutzung des heute in die Luft gehenden Erdgases eine Stickstoffindustrie, so könnte hier mit einem Schlage ein großer Schritt von der Nahrungshilfe zur Selbsthilfe vollzogen werden.

Doch genug der Beispiele! Es besteht kein Zweifel, daß das Schenken von Nahrung nicht eine Dauereinrichtung zu werden braucht, sondern wenn man richtig vorgeht, von der Selbsthilfe abgelöst werden kann. Man muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß das nicht Jahre, sondern zwei, vielleicht sogar drei Jahrzehnte dauern wird. Letzten Endes handelt es sich ja in den Ländern, die wie Indien, Pakistan und die Türkei keine Reserven an neu kultivierbarem Boden besitzen, darum, das zu tun, was Friedrich der Große einmal als die größte Aufgabe eines Staatsmannes bezeichnet hat, nämlich zwei Zentner dort wachsen zu lassen, wo bisher einer wuchs.

Wir haben dieses Kunststück in Westeuropa und vor allem in Deutschland fertiggebracht. Aber als die Großväter und Urgroßväter der heutigen Bauern an diese Arbeit herangingen, waren sie schon keine Analphabeten mehr, und auch ihre Frauen konnten größtenteils lesen und schreiben. Jetzt sollen Länder, in denen noch 80 vH der Gesamtbevölkerung und 90 vH der Landbevölkerung Analphabeten sind, dieselbe Leistung vollbringen. Wenn wir erwarten, daß sie das, was in Westeuropa hundert Jahre gedauert hat, in dreißig Jahren schaffen, so erwarten wir eigentlich ein Wunder.

Aber noch auf einem anderen Gebiet müssen wir von diesen Völkern ein Wunder verlangen, wenn alle Bemühungen um die Steigerung der Nahrungsproduktion nicht durch eine hemmungslose Bevölkerungsexplosion zunichte gemacht werden sollen. Der Verfasser distanziert sich nachdrücklich von allen Meinungen, die darauf hinauslaufen, daß man den Ländern mit Bevölkerungsexplosion Maßnahmen der Geburtenbeschränkung „verkauft“ oder gar mehr oder weniger aufzwingt. Die Anpassung der Geburtenrate an die gesunkene Sterberate, insbesondere die moralische Kindersterblichkeit, ist ein intellektueller und moralischer Vorgang. Er hat sich in allen Ländern vollzogen, die aus äußerster Armut und Unwissenheit zu besseren Wohlstands- und Bildungsverhältnissen aufgestiegen sind. In England begann die Senkung der Sterberate vor etwa 250 Jahren. Es hat aber dann 130 Jahre gedauert, bis die englische Frau begriffen hatte, daß sie nicht mehr so viele Kinder in die Welt zu setzen brauchte, weil nicht mehr so viele Kinder starben. Auch diese Frauen waren keine Analphabeten mehr. In den Entwicklungsländern ist die Eindämmung der Bevölkerungsexplosion nur möglich, wenn diese Länder aus äußerster Armut und Unwissenheit zu einem gewissen Wohlstand und höherem Bildungsniveau aufsteigen. Wenn wir erwarten, daß die Frauen dort in dreißig Jahren das lernen, was die englischen Frauen in 130 Jahren gelernt haben, so erwarten wir auch hier ein geistiges Wunder. Ganz ohne geistige Wunder wird der Kampf gegen Hunger und Armut aber auf keinen Fall gewonnen werden können.